

Der Maler

Organ des Verbandes der
Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonnabends
Abonnementpreis 3 M pro Quartal
bei freier Zustellung unter Kreuzband 4 M

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Hamburg 88, Alster-Terrasse Nr. 10
Fernsprecher: Nordsee 8246

Postcheckkonto:
Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11598

Ein Nachwort zur Urabstimmung.

In der Nummer 1 des „Maler“ wurde berichtet, daß die Vorlage für die Invalidenunterstützung durch die Urabstimmung mit rund 3000 Stimmen Mehrheit zur Annahme gelangte, bei einer Beteiligung von 88 % der wahlberechtigten Mitglieder. Dieses Resultat ist von besonderer Bedeutung in der Entwicklungsgeschichte unseres Verbandes. Mit ihm wird der Schlüsselstrich unter den Abschnitt seiner Entwicklung gezogen, die mit dem Beschluß auf Einführung der Krankenunterstützung im Jahre 1898 ihren Anfang nahm. Zwei Jahre später folgte bekanntlich die Unterstützung bei Sterbefällen und als nach verschiedenen Anläufen endlich im Jahre 1913 die Erwerbslosenunterstützung beschlossen wurde, dachten wohl die wenigsten Kollegen daran, daß 15 Jahre später die sozialen Unterhaltungen des Verbandes um einen so bedeutenden Zweig wie es die Invalidenunterstützung nun einmal vermehrt werden könnte. Nun ist es so weit und wir freuen uns sowohl über die Einsicht der Mitglieder für die Notwendigkeiten ihres Verbandes, noch mehr aber über den Gedanken der Solidarität, der in dem Beschluß zum Ausdruck kommt. Der Wille, gerade denen zu helfen, die durch Krankheit oder Unfall ihren einzigen Besitz, die Arbeitskraft, verloren haben, die vielleicht zeitweilig nicht mehr zum Arbeiten kommen, ist der beste Beweis für den guten Geist innerhalb unserer Kollegenschaft. Dieser nützt den invaliden Kollegen mehr als das Geschrei nach Staatshilfe oder die Vertröstung auf die Eroberung der politischen Macht, weil das zu nichts verpflichtet und den Schreibern nichts kostet.

Wir haben über den Ausgang der Urabstimmung keinen Augenblick gezweifelt, ja, wir hielten sie nicht einmal für notwendig, weil für uns feststand, daß die Mehrheit der Mitglieder für den neuen Unterstützungszweig sich einsetzen wird. In dieser Auffassung bestärkte uns im besonderen die Stimmung auf der Generalversammlung in Stuttgart. Es wäre wirklich nicht schwer gewesen, dort schon die Vorlage endgültig zur Annahme zu bringen, um sie nur zeitraubende Urabstimmung überflüssig zu machen. Die Verbandsleitung wandte sich jedoch nicht dagegen, weil die Frage wichtig genug war, um nicht nur die von den Mitgliedern gewählten Vertreter, sondern auch diese selbst darüber befinden zu lassen.

Die Beteiligung ließ allerdings sehr zu wünschen übrig, wenn sie auch stärker war als bei der Abstimmung über die Verschmelzungsfrage im Mai 1925. Trotz rühriger Agitation für die Versammlungen ist nur ein knappes Drittel der wahlberechtigten Mitglieder an die Urne gegangen. Es ist kaum anzunehmen, daß die Gegner der Invalidenunterstützung von den Versammlungen ferngeblieben sind, schon um deswillen nicht, weil für die in Richtung Moskau orientierten Mitglieder die Parole ausgegeben war, die Vorlage unter allen Umständen zu Fall zu bringen. Die Berliner „Rote Fahne“ benutzte die Stellungnahme der Vertreterversammlung unserer Filiale Berlin als Auftakt zu einer großangelegten Hege gegen die Vorlage, wobei selbst die größten Unwahrheiten herhalten mußten. So wurde behauptet, daß erst 15 Jahre lang die Beiträge für die Invalidenunterstützung gezahlt werden müßten und dann erst werde mit der Auszahlung der Unterstützung begonnen. Die unterdessen mit den 20 Pfennig-Beiträgen angesammelten Kapitalien in Höhe von 12 Millionen Mark würden die Bauhütten bekommen, um der vom WGB. angestrebten Wirtschaftsdemokratie den Geleis zu können. Das ist natürlich aufgelegter Schwindel. Jeder, der die Vorlage auch nur flüchtig gelesen hat, muß wissen, daß unsere heutigen Invaliden, sofern sie 780 und mehr Vollbeiträge nachweisen, schon vom 1. April 1930 ab die Unterstützung erhalten und für die übrigen Mitglieder Uebergangszelten geschaffen sind, von denen keine bis 15 Jahren heranreicht. Aber selbst dann, wenn erst nach 15 Jahren mit der Auszahlung be-

gonnen werden würde, könnte nach dem heutigen Stand der Mitglieder obige Summe nicht angesammelt werden. Im übrigen ist es bezeichnend, daß gerade die Leute sich so sehr dagegen sträuben, an Bauhütten mehr Betriebsmittel zu geben, die bisher am lautesten nach der Sozialisierung in Deutschland geschrien haben. Sogar das Moskauer Informations-Bulletin des „SPAR-Bau“ wurde mit zur Bekämpfung der Vorlage herangezogen. Es listete die gleichen Unwahrheiten auf wie die „Rote Fahne“ und operierte mit längstwiderlegten Redensarten, wie sie bisher bei Einführung jeder sozialen Unterstützung gebraucht wurden. Obwohl es am Schluß großsprecherisch heißt: „Die Kampagne der Opposition wird in ganz Deutschland unter der Parole geführt: einheitliche, verbesserte Sozialfürsorge, Erhöhung der Unterstützungssätze und Herabsetzung des Alters der versicherten Invaliden von 65 auf 50 Jahre, Versicherungsfonds ausschließlich auf Kosten der Unternehmer und Verwaltung dieser Fonds durch die Versicherten selbst“, und draußen im Lande von dieser Opposition alles getan wurde, möglichst viel Gegner der Vorlage in die Versammlungen zu bringen, war das Ergebnis der Abstimmung im einzelnen meist das Gegenteil von dem, was man auf dieser Seite erhofft hatte. Der gesunde Menschenverstand hat eben auch da gegenüber den üblichen inhaltlosen Redensarten gesiegt.

Grundsätzlich wäre es, die 6500 Kollegen, die gegen die Vorlage gestimmt haben, als Gegner der Invalidenunterstützung oder gar der sozialen Unterhaltungen der Gewerkschaften überhaupt anzusprechen. Ein großer Teil der Nein-Stimmen galt mehr der Vorlage selbst, da diese vielen unserer Mitglieder nicht weit genug geht. Vor allem wurde daran Anstoß genommen, daß die Altersunterstützungsempfänger, auch wenn sie noch arbeitsfähig sind, nicht in den Genuß der Invalidenunterstützung des Verbandes kommen sollen. Größere Gegnerschaft erstand auch bei einem Teil der Kollegen, die erst spät den Weg zur Organisation fanden und so befürchten, die Anwartschaft nicht mehr erreichen zu können. Das war wohl auch der Grund, daß sowohl in Versammlungen als in Zuschriften an uns verlangt wurde, die Bezahlung des Invalidenbeitrages auch während des Bezuges von Erwerbslosenmarken möglich zu machen. Weil die Erfüllung dieser Wünsche nicht gleich in Aussicht gestellt werden konnte, mögen viele Kollegen gegen die Vorlage gestimmt haben. Von ihnen stammt auch der größte Teil der Nein-Stimmen. Als grundsätzliche Gegner der Invalidenunterstützung sind sie nach dem oben Gesagten bestimmt nicht anzusprechen.

Es dürfte wenig Zweck haben, heute nochmals auf die Vorlage selbst einzugehen. Sie wurde bei den verschiedensten nun hinter uns liegenden Anlässen so eingehend besprochen, daß jeder Kollege sich darüber im Klaren sein muß. Die höchste Instanz unseres Verbandes, die Generalversammlung, hat ihr Urteil gesprochen. In der Urabstimmung wurde dieses mit Mehrheit bestätigt. Mit dem 1. April 1929 wird nunmehr die Invalidenunterstützung in Kraft treten, das heißt von da ab müssen die für ihre Finanzierung notwendigen 20 Pfennige mehr an Beitrag gezahlt werden, während mit der Auszahlung der Invalidenunterstützung an die bis dahin bezugsberechtigten Invaliden am 1. April 1930 begonnen wird. Wir sind fest davon überzeugt, daß der Schritt, der mit Einführung dieses Unterstützungszweiges gewagt wurde, sich zum Nutzen unseres Verbandes auswirken wird. Im Verlauf von wenigen Jahren wird sich zeigen, daß die Invalidenunterstützung für unsere invaliden Kollegen sich ebenso segensreich auswirkt, wie die Erwerbslosenunterstützung für unsere arbeitslosen und kranken Kollegen und die Sterbeunterstützung für die Hinterbliebenen. Was aber nicht übersehen werden darf, ja sogar hoch anzuschlagen ist, ist die Steigerung des Ansehens für unsern Verband und

zwar nicht nur bei den unorganisierten Berufskollegen und den Unternehmern. Es ist für das Ansehen einer freien Gewerkschaft durchaus nicht belanglos, ob sie mit den übrigen Verbänden in Reih und Glied marschiert oder als Landsturm hinternachhumpelt und erst dann die Notwendigkeiten begreift, wenn die Verhältnisse dazu zwingen. Das ist nun bestimmt nicht mehr zu befürchten und so soll das Ergebnis der Urabstimmung ein Markstein in der Geschichte unseres Verbandes sein, von dem aus sich ein neuer Aufstieg anbahnen wird zum Besten unserer Kollegenschaft und der gesamten Arbeiterbewegung.

Die Arbeitslosenstatistik unseres Verbandes.

Nach den vorliegenden Berichten ist die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland von Mitte November bis Mitte Dezember 1928 um 588 820 oder 41,8 % gestiegen. In der gleichen Zeit ist das Angebot von offenen Stellen um 18,8 % zurückgegangen. Nach den weiteren Beobachtungen hat diese rückläufige Bewegung bis zum Jahreschluß nicht nur kein Ende gefunden, sondern alle Anzeichen lassen darauf schließen, daß sie sich auch im Monat Januar in demselben, wenn nicht verstärkten Maße fortsetzen wird. Hat die Arbeitslosigkeit doch auf zahlreiche Berufe übergreifen, die sonst jahreszeitlichen Schwankungen im allgemeinen nicht unterworfen sind. In welchem Umfange die Beschäftigungsmöglichkeiten im Baugewerbe, der Industrie der Steine und Erden und in der Gruppe Lohnarbeit wechselnder Art (die vor allem ungelernete Bauarbeiter umfaßt), abgenommen haben, zeigt ein Vergleich mit dem Vorjahre. Ende November 1927 waren in diesen, hauptsächlich als Saisongewerbe zu bezeichnenden Berufsgruppen rund 371 000, dagegen Ende November 1928 rund 481 000 Personen arbeitslos, was einer Steigerung um 30 % gleichkommt. Dabei hat sich die Bautätigkeit in diesem Jahre erst etwa von der Mitte des Jahres an etwas günstiger entwickelt, und die in den letzten Wochen so scharf einsetzende Witterung hat bis zu dem erwähnten Zeitpunkt noch keinen Einfluß auf die Ausführung der Bauarbeiten ausüben können.

Von diesen Ursachen als Wirkung des nunmehr unbestreitbaren Konjunkturrückganges ist in hervorragendem Maße auch unser Malergewerbe betroffen. Die Zahl der beruflichen Arbeitslosen hat am Ende des Monats Dezember den höchsten Stand des ganzen Jahres erreicht. Von den 180 Filialen unseres Verbandes haben 167 mit insgesamt 55 630, davon 312 weiblichen Mitgliedern rechtzeitig berichtet. Von diesen waren am letzten Sonnabend des Monats 19 191 männliche und 26 weibliche, zusammen 19 217 oder 34,8 % als arbeitslos gemeldet. Von den Bezirken der Landesarbeitsämter stehen nur Niedersachsen mit 21,1 %, Brandenburg mit 22,9 %, Mitteldeutschland mit 24 % und Sachsen mit 24,8 % unter dem Reichsdurchschnitt, während die Verhältnisse in den übrigen Landesstellen noch ungünstiger sind und in den nördlich gelegenen Gebieten Ostpreußen und Pommern sogar 52 % arbeitslose Berufs-kollegen gezählt wurden. Wie aus nachstehender Zusammenstellung ersichtlich ist, war die Arbeitslosigkeit das ganze Jahr hindurch größer als 1927.

Monat	Es berichteten Filialen		Mitgliederzahl in den berichteten Filialen am Schluß des Monats		Arbeitslose Mitglieder am Schluß der letzten Woche des Monats		Auf je 100 Mitglieder entfallen arbeitslose am Schluß der letzten Monatswoche	
	1927	1928	1927	1928	1927	1928	1927	1928
Januar	146	162	41 486	47 228	15 830	14 776	38,1	31,3
Februar	144	167	40 893	48 062	13 772	12 957	33,7	26,9
März	148	151	41 492	46 560	5 916	6 693	14,2	14,4
April	143	157	38 338	48 503	2 382	3 502	6,2	7,2
Mai	151	156	42 996	49 706	1 078	2 189	2,5	4,4
Juni	150	151	43 082	48 453	1 575	2 355	3,6	4,9
Juli	143	134	43 939	45 744	1 712	2 832	3,9	6,2
August	152	157	44 436	53 800	2 221	3 698	5,0	6,9
Sept.	154	151	46 301	52 388	2 089	3 448	4,5	6,6
Oktober	152	160	46 702	53 673	3 421	6 297	7,3	11,7
Nov.	163	164	47 053	55 086	7 401	11 451	15,7	20,8
Dezember	162	167	45 964	55 630	14 411	19 217	31,4	34,6

Da im Malergewerbe eine verkürzte Winterarbeitszeit tariflich festgesetzt ist, ein ganz Teil Filialen sich aber immer noch nicht daran gewöhnen kann, diese Maßnahmen auf den Berichtskarten zu vermerken, haben unsere Ermittlungen über Kurzarbeit im Gewerbe wenig Beweiskraft. Wenn beispielsweise aus den Meldungen hervor-

geht, daß Ende Dezember für 8941, davon 88 weiblichen Beschäftigten Kurzarbeit eingeführt sei, von denen 8231 1 bis 8 Stunden, 533 um 9 bis 16 Stunden, 73 um 17 bis 24 Stunden und 54 Beschäftigte um 25 und mehr Stunden die Woche verkürzt arbeiten, so werden die Verhältnisse erheblich günstiger dargestellt, als sie tatsächlich sind. Denn jeder Unbefangene wird daraus entnehmen, daß die nach Abzug der 19 217 Arbeitslosen und 8941 Kurzarbeiter verbleibenden 27 472 Berufskollegen voll beschäftigt seien, während in Wirklichkeit nur ein Teil derselben, fast ausschließlich Lackiererkollegen aus Industriebetrieben, die normale Wochenarbeitszeit voll ausnützen kann. Auch von diesen ist — wie man aus den 88 weiblichen Kurzarbeitern schließen kann — eine nicht unbedeutliche Anzahl unter den gemeldeten Fällen von verkürzter Arbeitszeit enthalten. Und gerade unsere Lackiererkollegen werden bei daniederliegender Konjunktur durch die Ungunst der Verhältnisse in der Verbrauchsgüterindustrie stark und meist für längere Dauer in Mittellosigkeit gezogen.

Die Berichterstattung ist in letzter Zeit etwas besser geworden. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß sich auch nachstehende Filialen noch an regelmäßige Einsendung der Berichtskarten gewöhnen werden. Nicht berichtet haben im letzten Monat vom 1. Bezirk die Filialen Greifswald, Gumbinnen und Hoverswerda, vom 2. Bezirk Neuwied, vom 3. Bezirk Curbaven, vom 4. Bezirk Bielefeld, Detmold Hamm in Westfalen und Mörs, und vom 6. Bezirk Emmendingen und Pforzheim. Stichtag für die nächste Arbeitslosenzählung ist Sonnabend, 28. Januar. Die in allen Teilen ausgefüllten Statistikkarten sind spätestens am 5. Februar an den Hauptvorstand abzulenden.

Berufsberatung, Gewerkschaften und Arbeiterchaft.

Der Weltkrieg hat auf alle Staaten Europas direkt und indirekt furchtbare Folgen gehabt. Die Wirtschaft aller Staaten befindet sich infolge der durch den Krieg hervorgerufenen Veränderungen der wirtschaftlichen Beziehungen in einer großen Depression. Die Arbeitslosigkeit ist eins der charakteristischen Symptome in dem gegenwärtigen Krisenzustand. In einigen Ländern scheint sie den Charakter eines Dauerzustandes anzunehmen. In diesen Ländern kann man auch Deutschland zählen. Es ist deshalb natürlich, daß man in der Nachkriegszeit die Frage des Arbeitsmarktes und die Maßnahmen zu seiner Regulierung stark in den Vordergrund sozialpolitischer Bestrebungen gestellt hat. Der liberale Grundsatz: *Laissez faire laissez aller* kann und darf heute keine Geltung mehr haben. Es muß von allen Seiten fest angefaßt werden, daß die Arbeitsmarktpolitik im Interesse der Arbeitnehmer geregelt wird. Wenn es auch sehr wichtig und von Bedeutung ist, daß den Erwerbslosen während ihrer Arbeitslosigkeit eine Unterstützung gezahlt wird, so muß trotzdem versucht werden, daß die Regulierung des Arbeitsmarktes so vorgenommen wird, daß die Wirtschaftskrisen abgeschwächt werden. Es gibt in Deutschland eine Reihe Institute, welche die Wirtschaft kontrollieren und Vorschläge machen, die keine Verhinderung, so doch Abschwächung von Wirtschaftskrisen zum Ziele haben.

Eine Institution, die weniger beachtet wird, doch im Laufe von Jahren positiv in der Arbeitsmarktpolitik eingreift, ist die Berufsberatung.

Vor dem Kriege waren es die Frauenbewegung und später die Handwerksorganisationen, welche die Berufsberatung propagierten. Erst während des Krieges sollte dieselbe von Bedeutung werden. Beratung und Umschulung von Kriegsverletzten und Berufsversorgung der Kriegsjugend, denen durch den Krieg eine gewisse Schul- und Ausbildung mangelte; das waren die Aufgaben, die sie durchzuführen hatte. Erst der Erlass vom 28. März 1918 und vom 9. Dezember 1918 auf Grund des § 4 der Verordnung des Reichsamtes für wirtschaftliche Demobilisierung über Arbeitsnachweis und Berufsberatung war die Grundlage, auf der sich die Berufsberatung entwickeln konnte. Am 1. November 1928 ist die Berufsberatung in die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung überführt worden. Die gewerkschaftliche Berufsberatung ist verboten (§ 57 A-B-G.). Da die Arbeitsvermittlung eng mit der Berufsberatung verbunden ist, sind ihre Aufgaben im Gesetz für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung festgelegt.

Der Arbeitsmarkt wird durch eine gute Berufsberatung stark beeinflusst. Die Überführung der Schulentlassenen in den Produktionsprozess, kann den Eltern und ihnen selbst nicht allein überlassen bleiben. Die Komplexität der heutigen Wirtschaft, die Unsicherheit mancher Berufe, sowie das Auftauchen neuer und Verschwinden alter Berufe bringen es mit sich, daß man eine Berufswahl vornimmt, bei welcher der Schulentlassene auf seine physische und geistige Fähigkeiten geprüft wird. Wie der Arbeitsmarkt durch falsche Berufswahl beeinflusst werden kann, soll an ein Beispiel gezeigt werden. In dem Buche: „Berufsberatung, Berufsauslese, Berufsausbildung“, von der Reichsarbeitsverwaltung 1925 herausgegeben heißt es: „Welche enge Wechselbeziehung zwischen der Arbeitslosigkeit, sowohl in ihrer Häufigkeit wie in ihrer Dauer, zwischen einer geregelten Berufsausbildung und einem Stellen- und Berufswechsel bestehen, zeigt eine Rundfrage, die das Berufsamt einer rheinischen Großstadt bei den Berufsschulen im Mai dieses Jahres (1925) veranstaltete. Die Ermittlungen hatten folgendes Ergebnis:

Gruppe	Gesamtzahl	Stellenwechsel	Berufswechsel	Arbeitslos geworden	Dauer der Arbeitslosigkeit, inwoh.
Gelernte Knaben*	567	415 keinmal 114 einmal 28 mehrmals	83	76 Knaben	20 Jahre
Ungelernt. Knaben	313	81 keinmal 81 einmal 151 mehrmals	76	196 Knaben	95 Jahre
Gelernte Mädchen	296	223 keinmal 54 einmal 19 mehrmals	83	34 Mädchen	12 Jahre
Ungelernt. Mädchen	150	56 keinmal 37 einmal 57 mehrmals	24	82 Mädchen	30 Jahre

* 10 Schüler konnten wahrscheinlich nicht erfaßt werden. Wir sind der Ansicht, daß die Familienverhältnisse die Berufswahl der Kinder stark beeinflussen. Gerade deshalb kann man aus dieser Tabelle ersehen, wie stark die falsche Berufswahl auf die Arbeitsmarktpolitik einwirken kann. Welches sind nun die Aufgaben der Berufsberatung? Der Direktor des Kölner Berufsamtes, Dr. van den Wonenberg, sagt folgendes in dem oben erwähnten Buche, Seite 143:

1. Vertiefung des Gedankens von der Bedeutung der rechten Berufswahl;
 2. eine den persönlichen und wirtschaftlichen Interessen entsprechende Berufsvorbereitung, wenn möglich systematische Berufsvorbereitung durch Lehre beziehungsweise weitere Schulbildung, wobei eine zweckmäßige Ausnutzung der vorhandenen Ausbildungsgelegenheiten erstrebt wird.
- Die Wege zu diesem Ziele sind:
1. Eine planmäßige Vorbereitung der Berufswahl Jugendlicher und Aufklärung der Öffentlichkeit über Berufsfragen, ferner eine den individuellen Bedürfnissen Rechnung tragende eingehende persönliche Beratung, die sich aufbauen muß auf möglichst genauer Begutachtung der persönlichen Eignung und Neigung, Kenntnis der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse des einzelnen Berufsanwärters und der verschiedenen Berufe.
 2. Die Berufsvermittlung. Diese kann sein eine direkte in beruflich, sittlich und gesundheitlich einwandfreie Lehrstellen beziehungsweise in Anlern- und Arbeitsstellen* oder eine indirekte zunächst auf dem Wege weiterer Schulbildung;
 3. eine möglichst weitgehende Berufsbetreuung.

Die Berufsberatung hat also ein umfangreiches Gebiet zu bearbeiten. Bis heute besteht noch keine gesetzliche Vorschrift, die die Arbeitgeber verpflichtet, nur solche Berufsanwärter einzustellen, die von der Beratung als körperlich und geistig für diesen oder jenen Beruf geeignet festgestellt worden sind. (Trotzdem soll nicht verschwiegen werden, daß die Bedeutung der Berufsberatung und Eig-

* Die Vermittlung in Anlern- und Arbeitsstellen geschieht durch den Arbeitsnachweis.

nung von einzelnen Arbeitgebern erkannt worden ist und von ihnen nur solche Schulentlassene eingestellt werden, die von der Beratung als geeignet für den Beruf empfohlen worden sind.)

Falsche Berufswahl oder Umgehung des Berufsamtes durch die Eltern oder Empfehlung eines Meisters, der nicht in der Lage ist, einen Lehrling auszubilden, sei es, daß er Lehrlinge nur einstellt, um billige Arbeitskräfte zu haben, oder daß der Betrieb nicht für Lehrlingsausbildung geeignet ist, können den jungen Menschen nur zum Schaden gereichen. Solche Fehler und Mißstände können, wenn auch nicht ganz, doch einigermaßen verhindert werden, wenn die Gewerkschaften mit den Arbeitgeberorganisationen Abmachungen treffen, die dahin gehen, daß kein Lehrling eingestellt werden darf, der sich nicht — unter Weisung der Vertreter der genannten Berufsorganisationen — einer Eignungsprüfung bei der Berufsberatung unterzogen hat und als geeignet empfohlen werden kann. Die Organisationen des Buchdruckergewerbes haben schon solche Abmachungen getroffen**.

Der Einwand, daß dann ein sehr großer Teil der Berufsanwärter keine Lehrstelle erhalten würde, kann nicht gelten lassen. Insbesondere nicht, da sich die Auswirkungen des Geburtenausfalles während der Kriegsjahre heute schon bemerkbar macht und in den nächsten Jahren noch stärker in Erscheinung treten wird. Als Beweis eine statistische Aufzählung von den Schulentlassenen der Stadt Barmen:

Jahr	1914	1920	1921	1922	1923	1924	1925	1926	1927	1928	1929	1930
Kinder	3463	2782	2747	2873	3114	2918	2619	2517	2353	2455	1851	1145
Jahr	1931	1932	1933	1934	1935	1936	1937	1938	1939			
Kinder	1036	1139	1796	2285	2102	1974	1760	1706	1702			

Bei der Errechnung der Schulabgänge von 1920 bis 1939 wurden frühere Durchschlagsberechnungen berücksichtigt. Aus alledem ersieht man, daß die Arbeiterchaft die Berufsberatung in ihrem eigenen Interesse in Anspruch nehmen soll. Die Gewerkschaften haben die Aufgabe, auf die Berufsämter einzuwirken, daß ihre Wünsche bei Lehrlingsfragen berücksichtigt werden. Sie haben als Arbeitnehmerorganisationen das Recht und die Pflicht dazu. Ferner müssen die Gewerkschaften immer wieder darauf hinweisen, daß sie ein Interesse daran haben, daß geeignete Personen aus der Arbeitnehmerschaft als Berufsberater eingestellt werden, damit diese im Interesse der Arbeiterchaft und der Wirtschaft tätig sein können; denn mit der Persönlichkeit des Berufsberaters steht und fällt die Berufsberatung. **M a g S c h u h**, Barmen.

** Im Wuppertal ist die Abmachung getroffen worden. Ob diese für das ganze Reich gelten soll, konnte nicht festgestellt werden.

Nochmal's Junghandwerkerbünde.

In der Nummer 51 des „Maier“ wurde auf die mit der Industrie gleichlaufenden Bestrebungen im Handwerk hingewiesen, den Nachwuchs im Gewerbe geistig so zu beeinflussen, daß er sich von den Gewerkschaften abwendet. Die damit verfolgten Zwecke sind sehr durchsichtig, handelt es sich doch um die gleichen oder ähnlichen Pläne, die früher mit der Unterstützung der sogenannten „Selben“ verfolgt wurden. Diese wurden deshalb von den Arbeitgebern so gehäßlich, weil sie sich als Sturmblock gegen die Gewerkschaften benutzen ließen, und bei Tarif- und Lohnbewegungen als Streikbrecher auftraten.

Wie auch ein Teil unserer Arbeitgeber zu dieser Frage steht, geht aus einem Bericht über die Tagung der Ortsgruppenvertreter des Nordwestdeutschen Handwerkerbundes, Kreisverband Altona-Pinneberg, in einer Hamburger Tageszeitung hervor. Hier wies ein Malermeister auf die Bedeutung der Junghandwerkbewegung im allgemeinen und auf die besondere Stellung der Jugendbewegung zur Organisation des Handwerks hin. Dabei betonte er, daß bei Einstellungen von Gehilfen in erster Linie die Mitglieber des Junghandwerkerbundes zu berücksichtigen seien. Das ist deutlich. Bei dem Ueberangebot von Arbeitskräften könnte diese Stellungnahme nette Perspektiven für die jungen Gehilfen eröffnen, die es als ihre Pflicht betrachten, sich an die Seite ihrer älteren Kollegen zu stellen und mit diesen gemeinsam für die Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu sorgen, wenn nicht auch hier mancher Wunsch unerfüllt bleiben würde. Denn wie früher die „Selben“ trotz der Unterstützung durch die Arbeitgeber

Ein revolutionärer Kämpfer.

Zu Lessings 200. Geburtstag.

Im gegenwärtigen Augenblick rüstet die bürgerliche Welt eifrig, um den 200. Geburtstag Gotthold Ephraim Lessings feierlich zu begehen. In zahllosen Zeitungsartikeln, Vorträgen und Feiern wird des Mannes gedacht werden, den die bürgerliche Gesellschaft als einen ihrer Helden verehrt. Mit welchem Recht das deutsche Bürgertum heute noch das Andenken Lessings feiert, ist zum Mindesten zweifelhaft, die deutsche Arbeiterchaft hätte einen ungleich berechtigteren Anlaß dazu. Eine Würdigung der Persönlichkeit Lessings und seiner Ideen wird erkennen lassen, daß er ein revolutionärer großer Formstifter gewesen ist und in seinem Denken der modernen Arbeiterchaft nahe stand.

Gotthold Ephraim Lessing wurde am 22. Januar 1729 in Kamenz in Sachsen geboren. Dreiviertel Jahrhundert waren seit Beendigung des 30jährigen Krieges vergangen. Die ersten Wunden, die der Krieg geschlagen, waren vernarbt. Deutschland arbeitete emsig an seinem wirtschaftlichen Wiederaufstieg. Dessen hauptsächlichster Träger war das noch junge Bürgertum, das sich locken anordnete, die Fesseln des Feudalismus zu lösen (Mannfakturen) wurden immer zahlreicher. Die Landesfürsten hielten dieser Entwicklung kräftig nach; denn ihr Geldbedarf war infolge der immer größer werdenden Ausgaben für Heer und Verwaltung mehr und mehr gewachsen. Die Förderung, die die Fürsten der Wirtschaft angedeihen ließen, machte sich durch das vergrößerte Steuerertragskommen doppelt bezahlt. Es war die Zeit des staatlich protektionierten Kapitalismus, in der Wirtschaftsgeschichte unter dem Begriff Merkantilismus gekennzeichnet.

Mit dem Aufblühen der Wirtschaft hatte die politische Entwicklung in Deutschland nicht gleichen Schritt gehalten. Während in England und Frankreich die nationale Einheit bereits errungen war, vollzog sich in Deutschland die politische Entwicklung in entgegengesetzter Richtung. Das Kaiserium war aus dem Kriege ungeheuer geschwächt hervorgegangen. Die vielen kleinen Landesfürsten teilten den Raub unter sich und zersplitterten das Deutsche Reich in eine Anzahl kleiner und kleinster souveräner Staaten. Deutschland geriet sowohl politisch als auch wirtschaftlich gegenüber den andern westeuropäischen Staaten ins Hintertreffen. Das Bürgertum Englands hatte sich bereits in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts die demokratische Verfassung errungen und damit den Weg zur Welt Herrschaft beschriftet. In Frankreich bahnte sich zur Zeit von Lessings Jugend bereits die geistige Entwicklung an, gekennzeichnet durch die Namen Voltaire, Diderot und Rousseau, die wenige Jahre später zu einer der gewaltigsten Revolutionen der Weltgeschichte führte.

Die Kleinstaaterei schuf in Deutschland eine fürchterliche Enge. Es ergab sich kaum ein Tätigkeitsfeld für europäische revolutionäre Geister. Nicht, daß es an ihnen gefehlt hätte. Aber um leben und schaffen zu können, haben sich selbst die größten deutschen Geister des 18. Jahrhunderts, Schiller und Goethe, gezwungen, ihre Unabhängigkeit aufzugeben. Die politische Rückständigkeit in Deutschland wurde auch Lessing zum Verhängnis. Als klassenbewußter Bürger war er zu stolz sich in förmliche Abhängigkeit zu begeben, und infolgedessen war sein Leben ein einziger Kampf mit den widrigen Verhältnissen.

Dem Pfarrerssohn war eine ausgezeichnete Ausbildung auf den Lebensweg gegeben worden. Aber es widerstrebte ihm, nach dem Willen seiner Eltern einen akade-

mischen Beruf zu ergreifen. Schon in jungen Jahren wirkte er als freier Schriftsteller in Leipzig, später in Berlin. Sein Tätigkeitsfeld ist das Theater. Der dreißigjährige Lessing führt bereits einen scharfen erfolgreichen Kampf gegen die Literaturgrößen seiner Zeit, die mit dem Preußenkönig Friedrich II. der französischen Dichtkunst Vorfolgschaft leisteten. Lessing führte seine Waffen mit Hilfe glänzender Geistesgesellschaften. Er, der schon früh sein Denken im Studium der griechischen und römischen Klassiker geschult hatte, war auch in den Philosophien seiner Zeit zu Hause. Besonders die französischen Aufklärer haben auf sein Denken den entscheidenden Einfluß ausgeübt. Sie schmiedeten der jungen Bürgerklasse die zu ihrem Befreiungskampfe notwendigen geistigen Waffen. Lessing wurzelte mit seinem ganzen Sein in seiner Klasse, und er war ein Kämpfer für ihre Ideale wie kein anderer. Für die damalige Zeit ein unerhörtes Beginnen, magte es Lessing, in seinem Drame den Bürgerstand auf die Bühne zu stellen. Die bürgerlichen Trauerspiele „Miß Sara Sampson“ und „Emilia Galotti“ sind die Früchte dieser Schaffensperiode. Aber Lessing hatte nicht das Glück, von seinen Klassengenossen verstanden zu werden und sie zur Anteilnahme an seinem Kampf zu bewegen. Im Gegenteil, sie ließen den tapferen im Stich, zu einer Zeit, als er ihre Hilfe am notwendigsten gebrauchte. Der groß angelegte Versuch der Schaffung eines Nationaltheaters in Hamburg war gescheitert, weil es eben eine deutsche Nation noch nicht gab. Trotz fruchtbarer Tätigkeit stand Lessing wiederum vor dem Nichts. Um das Leben seiner Angehörigen sicherzustellen, nahm er die Schmach der Stellung eines herzoglich braunschweigischen Bibliothekars in Wolfenbüttel auf sich. Aber auch in dieser Stellung gelang es nicht, Lessing

Zur Werbearbeit Im neuen Jahr gilt es in allen Filialen rechtzeitig Vorbereitungen zu treffen!

nen festen Fuß in der Arbeiterschaft zu fassen werden, werden auch die „Jughandwerkerbände“ sicher nur ein kümmerliches Dasein fristen. Trotzdem müssen Kollegen in den Filialen auf der Hut sein, damit sie nicht eines Tages Ueberraschungen erleben. Der erfolgreichste Kampf gegen die Jughandwerkerbände wird durch die Stärkung ihrerer Jugendabteilungen geführt.

Arbeitsbewegung

In dem Schlussbericht über den Werftarbeiterkampf der vorigen Nummer des „Maler“ ist noch folgendes über den Vertragsparteien Verein zu hervorzuheben:

„Das Arbeitsverhältnis gilt durch den Streik als nicht durchbrochen. Maßregelungen aus Anlaß des Streikes sind von keiner Seite statt. Die Wiedereinstellung der Arbeiter erfolgt möglichst sofort nach Aufgabe der letzten Möglichkeit des Betriebes. Die Betriebsräte sind wieder in ihr Amt ein.“

Aus unserm Beruf

Orestswald. Zum erstenmal veranstaltete am 21. Dezember unsere Filiale eine Weihnachtsfeier mit Kinderbetreuung, die als gut gelungen bezeichnet werden kann. Vorstehende, Kollege Spohnholz, begrüßte die zahlreich erschienenen Kollegen mit ihren Familienangehörigen und betonte, daß diese Veranstaltung hauptsächlich den Kindern unserer Mitglieder gelte. Nach einem gemeinsamen Gesang erfolgte die Bescherung. In einer großen Tafel nahmen alle Kinder Platz und freudestrahlend hunderten sie die von der Kommission so gut gewählten Geschenke. Viel Freude bereiteten unter anderem auch die kleinen Deklamationen der kleinen Ise Hinz. Die Ausrichtung des Saales hatte unser Kollege Jennings übernommen, der mit viel Sorgfalt den Raum in einen Innenwald verwandelte, was zur richtigen Feststimmung wesentlich beitrug. Nach der Bescherung war gemeinschaftliche Kaffeetafel. Die frohe Stimmung bei jung und alt lagte davon, daß die Filialverwaltung mit dieser Arrangierung das Richtige getroffen hat.

Gewerkschaftliches

Die Gewerkschaften sind Schuld an dem Bericht Parker Gilberts. Der Bericht des Reparationsagenten über die deutsche Wirtschaft im rosigsten Licht. Nach die Gewerkschaften müssen sich dagegen wehren, daß auf und derartige optimistische Urteile der Reparationsagenten über ein gewisses Maß hinaus festgesetzt werden. Wir stimmen nicht mit der systematischen Schwarzerei bestimmter Wirtschaftskreise überein, aber einen Teil muß es natürlich auch in den Forderungen der eheligen Kriegsgegner geben. Die Gewerkschaften haben mit dem Bericht des Reparationsagenten an sich nichts zu tun. Gegenteil glaubt in ihrem Haß gegen die Gewerkschaften gleichbleibende „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ feststellen können. In der Nr. 5 dieses Blattes lesen wir im Zusammenhang mit der Bundesauschussführung des ADGB, folgendes: „An der Kieler Sitzung nahmen nicht die in Frage kommenden Gewerkschaftsinstanzen und Vertreter teil, sondern auch Behörden. Vom Oberpräsidenten der Provinz Schleswig-Holstein über die Vertreter der Reichsregierung bis herab zum Herrn Rat der gastgebenden Stadt. Und schon in dieser Tatsache liegt eine ferner und unerfreulichen Zeiterfahrungen, denen wir einem Teil den üblichen Streich zu verdanken haben, den Parker Gilbert mit seinem letzten Jahresbericht geteilt hat.“ In diesem Gesamtbericht kommt die Wut darüber zum Ausdruck, daß die Gewerkschaften im heutigen Staats-

wesen anders behandelt werden als früher. Damit muß sich das schwerindustrielle Organ nun einmal abfinden. Die Vertreter der organisierten Arbeitermacht genießen heute die Achtung, die ihnen zukommt. Wenn die Behörden früher nur vor den Arbeitgebern und ihren Lagungen kagbuckelten, so erweisen sie heute auch den Arbeitervereinigungen ihre Respekt. Eine ganz natürliche Erscheinung, die in den veränderten Verhältnissen begründet liegt. Und wenn dies Scharfmacherblatt sich darüber ärgert, so ist uns das nur angenehm. Wir brauchen uns wohl kaum gegen die demagogische Behauptung zu wenden, daß die Gewerkschaften an dem Bericht des Reparationsagenten Schuld seien.

Genossenschaftliches

Die englischen Konsumgenossenschaften nach einem Menschenalter.

Man hat in Deutschland glänzende Beispiele der Entwicklung einzelner großer Konsumgenossenschaften, wie der „Produktion“ Hamburg, Berliner Konsumgenossenschaft, „Vorwärts“ Dresden und München-Sendling, die einem Vergleich mit großen englischen Konsumgenossenschaften nicht zu scheuen brauchen; aber die deutsche Gesamtbewegung, nur um 20 Jahre jünger wie die englische, sieht doch leider noch weit an Umfang und Leistungsfähigkeit hinter der englischen zurück. Zehn Jahre Krieg und Wirtschaftszerrüttung (1914 bis 1918) bedeuteten eben für Deutschland in allen Teilen eine schwere Hemmung.

Was die englische Bewegung für die Bevölkerung bedeutet, zeigen die kürzlich veröffentlichten Ergebnisse der Statistik des britischen Genossenschaftsverbandes über das Jahr 1927. Danach betrug die Zahl der Mitgliederfamilien 5 579 033 oder ein Mehr von 392 210 gegenüber dem Vorjahr. Die Bevölkerungszahl zu 4 Köpfen pro Familie berechnet, bedeutet dieser Mitgliederbestand 22 320 142 Einwohner Großbritanniens, also nahezu 50 % der 45 Millionen betragenden Gesamtbevölkerung, während in Deutschland rund 3 800 000 Familien mit ihren Angehörigen nur etwa 22 % der Gesamtbevölkerung umfassen. Mehr wäre besser.

Das gesamte Anteil- und Sparkapital der englischen Konsumgenossenschaften betrug 109,8 Millionen Pfund Sterling (zirka 2196 Millionen Mark) gegen rund 250 Millionen Mark der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung. Dementsprechend betrug der Umsatz in Großbritannien rund 200 Millionen Pfund Sterling (zirka 4 Milliarden Mark), in Deutschland etwa 1,2 Milliarden Mark. Der Durchschnittsumsatz der englischen Genossenschaftsfamilie betrug 731 M., der deutschen 302 M., in Schottland betrug er sogar 1036 M. Von dem gesamten Warenumsatz entfielen auf die eigenen Genossenschaftsfabriken rund 34,9 Millionen Pfund Sterling (zirka 693 Millionen Mark), in Deutschland 241 Millionen Mark. Das Reinertragsresultat betrug in England 19,5 Millionen Pfund Sterling (zirka 390 Millionen Mark), in Deutschland 40,6 Millionen Mark.

Bei einem Vergleich zwischen Umsatz und Reinertrag zeigt sich ein gewaltiger Unterschied zuungunsten der deutschen Konsumgenossenschaften. Während der Umsatz der englischen Konsumgenossenschaften nur 3/4 mal größer ist gegenüber dem deutschen (4:1,2 Milliarden Mark) ist der englische Reinertrag mit 390 Millionen Mark gegen 40,6 Millionen Mark in Deutschland nahezu zehnmal größer. Die Erklärung ist vor allem darin zu sehen, daß der hohe Durchschnittsumsatz in England (731 beziehungsweise 1036 M. gegen 302 M. in Deutschland) die Unkosten der genossenschaftlichen Warenversorgung ganz bedeutend herabdrückt. Dazu kommt allerdings auch noch die wesentlich höhere Steuerbelastung der deutschen Konsumgenossenschaften gegenüber den englischen. Um so mehr müßten die Mitglieder den Durchschnittsumsatz steigern, um die Unkosten zu drücken und ihren eigenen wirtschaftlichen Nutzeffekt zu erhöhen.

Das genossenschaftliche Arbeitsverhältnis, das wie in Deutschland vorbildliche Bedeutung gegenüber der Privatwirtschaft besitzt, kommt 160 000 Beschäftigten zugute, von denen 69,6 % in der Warenversorgung, 30,4 % in der Warenherstellung tätig sind. In deutschen Konsumgenossenschaften sind rund 52 000 Personen beschäftigt.

Der Umsatz der drei britischen Großverkaufsgesellschaften betrug 105,4 Millionen Pfund Sterling (zirka 2108 Millionen Mark) oder 52,72 % des Umsatzes der Konsumgenossenschaften. In Deutschland hatten zwei Großverkaufsgesellschaften rund 450 Millionen Mark Umsatz und damit rund 38 % des Umsatzes der Konsumgenossenschaften. Es ist eine gigantische Wirtschaft, die die englische Genossenschaftsbewegung in 80 Jahren entwickelt hat und ihre volkswirtschaftliche Bedeutung ist jedem sichtbar. Die deutsche Genossenschaftsbewegung ist 20 Jahre jünger und hat den Weltkrieg als Verlust und Entwicklungshemmung zu buchen. Es besteht aber kein Zweifel, daß sie in den noch fehlenden 20 Jahren bis zu dem menschlichen Aufstadium von 80 die Differenz gegenüber der englischen aufholen wird. Denn dazu gehört nur die Steigerung der Mitglieder um etwa 2 Millionen Familien und die Steigerung des Umsatzes um 3 Millionen Mark. Eine große Zahl. Im Durchschnitt aber nur 800 M. pro Jahr und Familie. Es ist erreichbar. Und der Nutzen für Familie und Volk gewaltig. Wie in England.

Sozialpolitisches

Der soziale Standard des Arbeiters muß erhöht werden. Die „Frankf. Zig.“ hat verschiedene Persönlichkeiten nach ihrer Stellung zur Politik gefragt, und brachte die eingegangenen Antworten in der Weihnachtsnummer zum Abdruck. In der Antwort des Inhabers der Warenhausfirma Tieg, Köln, Alfred Leonhard Tieg, finden wir nachstehende Bemerkungen wirtschafts- und sozialpolitischer Art: „Die Exportmöglichkeiten müssen bedeutend vermehrt werden. Zu diesem Zwecke muß man nach billigen Preisen für Rohprodukte streben und eine Steigerung der Nominallohne vermeiden, um ein billiges, exportfähiges Fertigprodukt zu erzielen. Der soziale Standard des Arbeiters und ebenso die innere Kaufkraft müssen erhöht werden. Dies ist aber nur zu erzielen durch eine Erhöhung des Reallohnes. Infolgedessen muß es erreicht werden, daß das Fertigprodukt auch im Inlandsverkehr durch rationellere Wirtschaft immer billiger an den letzten Konsumenten heranzubringen. Der innere Markt muß nicht nur gestärkt werden durch Erhöhung der Reallohne, sondern auch durch eine gesunde Landwirtschaft. Diese Gesamtlösung muß durch planmäßige Rationalisierung der landwirtschaftlichen Betriebe bei möglichstem Zollausschlag für Lebensmittel erreicht werden. Neben der Rationalisierung von Industrie, Handel und Landwirtschaft muß selbstverständlich auch eine Rationalisierung der Staats- und Kommunalwirtschaft erstrebt werden. Deshalb: Vereinfachung und Verbilligung der öffentlichen Betriebe, Wegfall aller unnötigen Ausgaben, insbesondere auch für Rüstungsprojekte wie Panzerkreuzer und sonstigen Rüstungen. Kein politisch müßte Deutschland versuchen, in der Welt führend zu werden durch Bekanntheit zu einem radikalen Pazifismus.“ Herr Tieg sieht die Wirtschaftspolitik im richtigen Licht, wenn er auf die Notwendigkeit eines hohen sozialen Standards verweist. In der Tat ist die Erhöhung des Reallohnes das einzige Mittel, das der Wirtschaft Hilfe bringt. Auch ist es zu unterstreichen, daß Deutschland sich zu einem radikalen Pazifismus bekennen müßte. Die Rationalisierung des überaus kostspieligen Weges von dem Produzenten bis zum letzten Käufer ist ebenfalls eine dringende Notwendigkeit.

Geburtsverringerung und verlängertes Leben.

Es scheint, als ob nach dem Kriege in der Struktur der deutschen Bevölkerung eine kolossale Veränderung eingetreten ist. Die Zahl der Geborenen wird nicht nur

Schweigen zu bringen. Als sein Brotherr den Ver- unternahm, die geistige Freiheit Lessings zu knebeln, ließ der schon alternde Mann seine Stellung, um wieder die den Christenkampf auf sich zu nehmen. All das Leid, verstärkt durch ein widriges Schicksal in seinem persönlichen Erleben konnte den tapferen Mann nicht entgehen. Diese Schläge leiteten vielmehr die größte Periode des Schaffens ein. In dieser Zeit entstand das Drama „athan der Weise“, das höchste Dokument Lessingscher Menschenschauung. Die wunderbare Parabel von den drei in diesem Drama sollte zum Kulturgut jedes denkenden Arbeiters gehören. Ferner schuf Lessing die „Ge- de für Freimaurer“ und die „Erziehung des Menschen- lechts“. Reiner und klarer als in Lessings Spätwerken die Ideale rationalistischer Weltanschauung kaum je uliert worden.

Lessing starb im Jahre 1781. Seine letzten Lebens- waren völlig einsam gewesen, aber desto reicheres erleben vollzog sich in seiner Seele und er ahnte die Erblichkeit seines Geistes wie seines Namens voraus. Die klassische Periode der bürgerlichen Dichtung hat ere Dichter hervorgebracht, in der Reinheit des Emp- ens, in der Konsequenz seiner Handlungen steht ung unerreicht.

Im Laufe des letzten Jahrhunderts hat es das Bürger- verstanden, sich in seiner Weise mit Lessing auszu- jenen, vielmehr in bürgerlichen Zwecken dienlich zu den. Nachdem Bürger und Junker in Deutschland ihr apromiß geschlossen, spürte ersterer das Bedürfnis, die ne revolutionäre Vergangenheit vergessen zu machen die Verbindung zur nationalen Vergangenheit zu en. So mußte der freiheitsstolze Lessing dazu herhalten,

die Untertanengefesslung des Bürgertums zu dokumentieren. Aus dem französischen Preußenkönig Friedrich II., der einem Manne wie Lessing die Bibliothekarstellung an der preußischen Staatsbibliothek verweigerte, wurde so im Geschichtsunterricht der verdienstvolle Förderer deutscher Geisteswissenschaft. Franz Mehring hat in seiner schönen Schrift „Die Lessinglegende“ die Unwahrscheinlichkeit dieser Behauptung nachgewiesen und das Andenken Lessings von einem häßlichen Flecken bereinigt. In ihrer ganzen Größe und Reinheit tritt die Gestalt Lessings in der Schrift Mehrings vor unsere Augen. Treffender ist kaum jemals der Kämpfer Lessing charakterisiert worden, schließen wir daher mit den Worten Mehrings: „Unter den geistigen Vorkämpfern des deutschen Bürgertums war Lessing nicht der genialste, aber der freieste und wahrhaftigste und vor allem der bürgerlichste; was immer wieder an seinen Schriften feststeht, ist der Charakter dessen, der sie schrieb. Ehrlichkeit und Mannhaftigkeit, eine unerfälschte Begierde des Wissens, die Lust, mehr noch am Trachten nach der Wahrheit, als an der Wahrheit selbst, die unermüdliche Dialktik, die jede Frage kehrte und wandte, bis ihre geheimsten Falten offenlagen, die Gleichgültigkeit gegen die eigene Leistung, sobald sie einmal vollbracht war, die großartige Verachtung aller weltlichen Güter, der Haß gegen die Unterdrückten und die Liebe zu allen Unterdrückten, die unüberwindliche Abneigung gegen die Großen der Welt, die feste Kampfbereitschaft gegen das Unrechte, die immer bescheidene und immer stolze Haltung in dem vorzuehenden Kampfe mit dem Elend der politischen und sozialen Zustände — alles das, und wie manches andere Erhebende und Erquickende noch, spiegelt sich in Lessings Briefen und Schriften. . . .“

Stehe auf, du Sprache, und gehe dorthin, wo der Jammer wohnt, wo das Elend am Tische sitzt und der Hunger in den Eingeweiden wühlet. Wen du dort finden wirst, mache seinen zerschlagenen Arm stark und seinen stumpfen Blick helle. Laß nicht ab von ihm wenn er sich hinlegt vom Elend und wenn er aussieht zum Elend. Trommle, zische, räume ihm zu: Du sollst dich nicht treten lassen, du sollst dich nicht unterdrücken lassen, du sollst dich nicht ausaugen lassen, du sollst den Sklavensinn von dir tun, du sollst die Knechtseligkeit von dir tun, du sollst dich nicht bücken vor einem lebendigen Menschen, denn er ist nicht mehr als du. Wirst du dies befolgen, so wird das Elend abfallen von dir, wie ein Reif von der Erde schwindet wenn das Frühlicht kommt und die Sonne am Himmel prangt, Denn weil du dich nicht treten läßt, darum heulst du. Weil du dich unterdrücken läßt, darum bist du elend, und weil du dich ausaugen läßt, darum mußt du Hunger leiden. Leopold Jacoby.

absolut, sondern auch verhältnismäßig geringer. Die Rationalisierung der Familie schreitet fort. Auf der andern Seite sinkt aber auch die Zahl der Gestorbenen, so daß in Deutschland der Mensch heute länger lebt als früher. Das Resultat von dieser Entwicklung zeigt sich darin, daß die Zunahme der Bevölkerung sich verlangsamt. Folgende Zusammenstellung zeigt die Entwicklung von Jahrzehnt zu Jahrzehnt von der Mitte des vorigen Jahrhunderts an. Auf 1000 Einwohner kamen:

	Geborene	Gestorbene	Netto Geborene als Gestorbene
1851/1860.....	35,3	26,3	9,0
1861/1870.....	37,2	26,8	10,3
1871/1880.....	39,1	27,2	11,9
1881/1890.....	36,8	25,1	11,7
1891/1900.....	36,1	22,3	13,8
1901/1910.....	33,0	18,7	14,3
1911/1920.....	22,1	18,4	3,7
1921/1927.....	21,1	12,8	8,3

Betrachtet man die Zahl der Geborenen in den sieben Jahren von 1921 bis 1927, so zeigt sich, daß sie ungefähr die Hälfte dessen beträgt als in dem Jahrzehnt 1871/80. Aber auch gegenüber den ersten Jahren dieses Jahrhunderts ist eine wesentliche Verminderung erkennbar. Die Zeit von 1911 bis 1920 ist für die Bevölkerungsbewegung nicht vergleichbar, da der Krieg ganz anormale Verhältnisse im Gefolge hatte. Naturgemäß ist die Zunahme der Bevölkerung gerade in dem Kriegsjahrzehnt sehr gering. Aber von sehr hoher Bedeutung erscheint die Tatsache, daß die Sterbefälle sich ganz gewaltig vermindert haben. Sie betragen in den verflohenen Jahren noch nicht einmal die Hälfte derer in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts. Aber auch gegenüber den ersten zwanzig Jahren in diesem Jahrhundert ist die Sterblichkeit wesentlich höher als jetzt. Der Mensch kann sich heute damit trösten, daß er länger lebt als früher. Hierin scheint sich die Arbeit der Gewerkschaftsbewegung bemerkbar zu machen. Die sozialpolitischen Erfolge zeigen sich im Wunde mit der erfolgreichen Seuchenbekämpfung in einer wesentlich besseren Gesundheit als je zuvor. Es sind also zwei Dinge, die die Statistik des Statistischen Reichsamts klar hervortreten lassen: Erstens die Rationalisierung der Familie, wonach der Arbeiter die Zahl der Erben am Tisch nach den wirtschaftlichen Möglichkeiten bestimmt, und zweitens, die gehobene Gesundheit, die durch das sozialpolitische Wirken der Gewerkschaften zum Ausdruck kommt.

Ständige Veränderungen in der Berufsgliederung.

Die Veränderungen innerhalb der Arbeitskräfte in den letzten 15 Jahren darf als eine bemerkenswerte Zeiterscheinung angesehen werden. Dies liegt an den Standortveränderungen der Industrie, an den Folgen der Rationalisierung, an der veränderten Geschmacksrichtung und sonstigen Ergebnissen der wirtschaftlichen Entwicklung. Einige Industrien und Berufe sind überflüssig. So erfuhr zum Beispiel die Eisen-, Maschinen- und Metallindustrie durch den Krieg eine ungesunde Aufblähung. Durch die Automatisierung der Produktion wurden manche Berufe stark beeinflusst. Sehr lehrreiche Angaben über diese Fragen finden wir in einem der letzten Berichte des Landesamtes Rheinland:

„In der Rheinprovinz werden rund 2,2 Millionen Arbeiter und Angestellte beschäftigt. Davon bilden die Angestellten mit rund 550 000 die größte, geschlossene Gruppe. Rund 540 000 Arbeiter und Angestellte entfallen auf die Eisen-, Stahl- und Metallindustrie von der Gewinnung bis zur Verarbeitung. Die nächsten geschlossenen Gruppen sind erheblich kleiner. Die Zahlen lauten: für den Bergbau 190 000, für das Baugewerbe 173 000, für die Textilindustrie 164 000. Von diesen Gruppen, die das Fundament des rheinischen Arbeitsmarktes bilden, dehnt sich eigentlich nur der Arbeitsmarkt der Angestellten aus, was mit dem Wachstum der Güterverteilung, der intensiven Kundenbearbeitung und auch mit der Rationalisierung der Gütererzeugung zusammenhängt. Die Eisen-, Stahl- und Metallverarbeitung hatte früher den aufnahmefähigsten Arbeitsmarkt. Heute hält die Maschinen- und Fahrzeugindustrie ungefähr den Vorrang. Der Arbeitsmarkt des Bergbaues ist unter dem Druck der Weltkohlenkrise schwach. Der Arbeitsmarkt des Baugewerbes hält sich nur durch die Subventionen, die ihm in der Form der Hauszinssteuerhypotheken und sonstigen öffentlichen Hypotheken mit niedrigem Zinssatz zufließen. Der Arbeitsmarkt des Spinnstoffgewerbes geht zurück. Während die übrigen Großstädte von 1910 bis 1925 ihre Bevölkerung um 11 bis 21 % vermehrt haben, haben die Textilstädte Barmen, Elberfeld und Aachen abgenommen. In München-Gladbach und Aachen hat die Bevölkerung zwar noch zugenommen, aber nur ganz wenig. Der Arbeitsmarkt der rheinischen Textilindustrie leidet unter dem Anfluten des Wettbewerbes in Hebersee. Der Abfall des Arbeitsmarktes in der Textilindustrie wäre noch stärker, wenn nicht die Kunstseide eingesprungen wäre.“

Es ist bemerkenswert, daß die Angestellten die größte Gruppe bilden und diese sich auch in Zukunft weiter ausdehnt. Eine nicht minder interessante Erscheinung ist die Veränderung im Spinnstoffgewerbe. Das Ganze zeigt aber, daß die Berufsgliederung ständigen Veränderungen unterworfen ist.

Arbeiterversicherung

Blievergiftung als gewerbliche Berufskrankheit. Die Verordnung über Ausdehnung der Unfallversicherung auf gewerbliche Berufskrankheiten ist am 1. Juli 1925 in Kraft getreten. Nach § 13 Absatz 1 dieser Verordnung sollen aber nur diejenigen Versicherungsfälle erfasst werden, die sich nach dem 30. Juni 1925 ereignen. Daß nach dieser Bestimmung sich große Härten ergeben, zeigt nachstehender Fall. Ein Malergehilfe, der seit 20 Jahren in ein und derselben Werkstatt beschäftigt war, erkrankte im April 1925 an einer Nervenentzündung. Nach etwa anderthalb Wochen nahm er die Arbeit wieder auf, er-

FACHBLATT DER MALER

ZEITSCHRIFT ZUR FÖRDERUNG DER HANDWERKLICHEN WERTARBEIT IN FARBE, FORM UND RAUM

Anregungen, Belehrungen in Wort und Bild. Fachtechnik, Materialkunde. Der sichere Weg zur künstlerischen Form in Farbe und Raum

Monatlich 1 Heft mit starkem Textteil u. 7 oder mehr farbig. Tafeln. Illustrationen. Beilage mit Meinungsaustausch und fachtechnischen Mitteilungen

Bestellungen nehmen unsere Filialverwaltungen entgegen!

krankte am 6. Juni 1925 von neuem, so daß er seine Arbeit aufgeben mußte. Im August 1925 wurde sein Leiden als Blievergiftung festgestellt, und im Dezember 1925 starb er an der Krankheit. Die Witwe des Verstorbenen forderte nun von der Berufsgenossenschaft die Hinterbliebenenrente aus der Unfallversicherung. Die Berufsgenossenschaft lehnte den Anspruch ab. Durch ärztliches Gutachten sei festgestellt, daß der Verstorbene spätestens am 6. Juni 1925 an Blievergiftung erkrankte, also jedenfalls vor dem 30. Juni 1925, somit liege hier kein Fall vor, auf den bereits die in Frage kommende Verordnung Anwendung finden könne. Das Oberversicherungsamt erkannte zugunsten der Witwe, indem es sich dahin aussprach, der Versicherungsfall sei nach dem 30. Juni 1925 eingetreten. Der Tod sei im Dezember 1925 erfolgt, und der Tod sei — unabhängig von der Erkrankung — als selbständiger Versicherungsfall anzusehen. Das Reichsversicherungsamt hat bedauerlicherweise die Witwe mit ihrem Anspruch abgewiesen. Der Tod könne bei der gewerblichen Berufskrankheit nicht den „Versicherungsfall“ darstellen, sondern immer nur die Folge des Versicherungsfalles der Berufskrankheit. Die Berufskrankheit sei schon vor dem 30. Juni 1925 ausgebrochen, so daß die Todesfolge der gewerblichen Berufskrankheit den Anspruch der Klägerin nicht begründen könne.

Verchiedenes

Reisen für die Werktätigen!

Der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit hat seinen für das Jahr 1929 einen neuen Reiseplan herausgegeben. Er enthält eine große Anzahl der interessantesten Reisen ins In- und Ausland, und zwar nach Paris, Wien, London, Finnland, Schweiz, Riviera, Dalmatien, Adria, Krakau, Hamburg-Helgoland, an den Rhein, an die Kurische Nehrung, nach Oberbayern-Nordtirol usw. Als Neuerung sind vorgesehen Ferienaufenthalte zu günstigen Bedingungen, und zwar in Jessterete bei Lugano sowie in Krimml, Tirol.

Neben den allgemeinen Studien- und Gesellschaftsreisen finden auch zwei wirtschaftspolitische Studienreisen unter sachmännlicher Leitung statt, und zwar eine in das Ruhrgebiet, die andere in Berlin (Berlin als Wirtschaftsgebiet).

Um den weitesten Kreisen die Teilnahme an den Reisen zu ermöglichen, ist wiederum die Einrichtung getroffen, daß die Kosten in monatlichen Ratenzahlungen aufgebracht werden können. Je früher die Zahlungen beginnen, um so geringer ist der Gesamtpreis für die Reise.

Der reichsillustrierte Prospekt ist gegen Einsendung von 35 Pfennigen in Briefmarken durch den Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, zu beziehen.

Fachtechnisches

Maler-Lehrling Nr. 1, 1929. Der Leitartikel befaßte sich mit der Frage: Was erwarten wir vom Jahre 1929? Es werden in ihm einige der brennendsten Jugendfragen berührt. Die Schriftleitung nimmt eingehend Stellung zum

Hamburger Diskussionsartikel, wobei sie besonders ihre weitgehende Auffassung betont. Ein Artikel von Sachm a handelt von der Bedeutung des Lebensalters im Red Großen Interesse wird die lehrreiche, fachtechnische Behandlung des Gewerbelehrers S. Wulf, Berlin, ab „Was ist Farbe?“ finden, der dazu dienen wird, manch über dieses Thema in der Berufsschule gebirte, auf frischen. Im Artikel: „Bessere Lehrlinge oder bessere Lehrbetriebe?“ wird auf die Notwendigkeit hingewiesen neben der Auswahl guter Lehrlinge auch für erstklassige Lehrbetriebe besorgt zu sein, weil erst dann die Gewähr für eine genügende Ausbildung gegeben ist. Der Feuilleton artikel: „Glück im Unglück“ handelt von des Malerwande burschen Freud und Leid. Einige kleine Notizen, Abbildungen, Berichte aus den Abteilungen und Buchspr e chungen vervollständigen den auch diesmal wertvollen Inhalt.

Literarisches

50 Jahre „Wahrer Jakob“. Im Januar 1929 begeht die „Wahre Jakob“, das bekannte und beliebte sozialistische Blatt, das Jubiläum seines 50-jährigen Bestehens. Am 1. März 1879, fast unter den ersten Schlägen des Ausnahmegerichtes, wurde S. J. W. Dies, damals Leiter der Hamburger Genossenschaftsbruderei, das Blatt in Hamburg gegründet. Das Blatt wurde später, als Heinrich Dieb keinen berühmten Verlag in Stuttgart gründete, für die Partei bedient, ist bekannt. Der Verlag Dieb hat aus Anlaß des 50-jährigen Jubiläums eine Festschrift „50 Jahre Wahrer Jakob“ herausgegeben, die reich illustriert, eine Geschichte des Blattes und eine amüsante Revue „Kreuz und Quer“ durch alle Jahrgänge des „Wahren Jakob“ enthält. Die Festschrift ist zum billigen Preise von 25 S. in den Volksbuchhandlungen zu haben.

Zeitschrift 1929. Verband deutscher Berufsfeuerwehrmänner Berlin. 12. Jahrgang. Ein reichhaltig, gefüllt zusammengehefteter Zeitschriftenband, der den Verbandsmitgliedern im neuen Jahre ein guter Berater ist.

Jahrbuch 1929. Neuer deutscher Verlag, Berlin W. 8. Das Jahrbuch bringt aus den in seinem Verlag erschienenen Werken ausgewählte Beispiele zur Veröffentlichung. „Gesundheit“, Zeitschrift für gesunde Lebensführung des berufstätigen Volkes. Herausgeber: Hauptverband deutscher Krankenkassen e. V., Berlin-Charlottenburg, Berlin Straße 13. Diese lehrreiche Zeitschrift erscheint monatlich und bringt in jeder Nummer aufmerksame Abhandlungen aus ärztlichen und sonstigen fachkundigen Kreisen. Die Zeitschrift wird an den Chefredaktoren der Krankenkassen den Verfassern unentgeltlich ausgeben.

„Der Arbeiter“, mit neuem Gewande, auf bestem Kunstbrustpapier, das alle Reproduktionen vorzüglich zur Geltung kommen läßt. Aus dem Programm der Einleitung ersehen wir, daß in diesem Vierteljahr erscheinen werden: a) „Mach“, ein in klarem Spielender Roman des französischen Arbeiters und bekannter Sozialist Pierre Hamp. b) „Exalta“, die Geschichte eines Arbeiters in der deutschen Revolution, von Karl Schröder. c) „Das letzte Buch des Böhmerleins“, eine köstliche Sammlung von Grotesken und Humoresken aus unserer Zeit. Im zweiten Vierteljahr erscheint in erster Linie ein Buch über „Arbeiter in Sport“ mit bestem Bildmaterial von Fritz W. W. u. a. dem Leiter der Zentralkommission für Arbeitssport und Körperpflege und der holländische Roman des Genossen Jong. Auf das Sportbuch weisen wir ganz besonders hin, weil im Herbst in Nürnberg die Arbeiter-Olympiade stattfinden wird. — Der Böhmerleins wird sich mit dieser Zeitschrift und seiner neuen Produktion weitere Freunde erwerben. Es ist auch erfreulich zu hören, daß er die in diesem Jahre erstmalig zur Ansicht gelangte Zeitschrift — das heißt die Abgabe eines S. A. Bandes für 1 M. bei einjährlicher, auch schwirrend erworbener Mitgliedschaft — auch für 1929 beibehält. Aufmerksamkeit machen wir noch auf die Neueinführung einer probeweisen Halbjahres-Mitgliedschaft.

Vom 14. Januar bis 20. Januar ist die 3. Beitragswoche
Vom 21. Januar bis 27. Januar ist die 4. Beitragswoche

Sterbetafel.

Berlin. Am 7. Januar starb der Kollege Hermann Schedlinski, geboren am 24. Dezember 1869 in Rastenburg.
Darmstadt. Im Alter von 46 Jahren starb der Kollege Philipp Hild. — Im Alter von 20 Jahren starb der Kollege Philipp Munster aus Eberstadt.
Dortmund. In unserer Jahrsliste wurde er starb am 26. Dezember 1928 plötzlich und unerwartet infolge Geschwulst am Zwölffingerdarm unser junger Kollege Josef Gomolka im Alter von 22 Jahren.
Halle a. d. S. Am 2. Januar starb nach kurzer Krankheit unser Kollege Arthur Piller im Alter von 53 Jahren.
Mainz. Am 19. Dezember starb nach langem, schwerem Leiden unser Mitglied, der Lackierer Heinrich Köhler zu Nombach, im Alter von 42 Jahren an Schlaganfall. — Am 30. Dezember starb nach schwerem Leiden unser Mitglied Mathäus Regner, zu Bregenheim, im Alter von 56 Jahren an Kehlkopfkrebs.
Ehre ihrem Andenken!

HOLZMALER

1 junger, perfekter Holzmaler (Möbelmaler), der alle Holzarten flott malen kann, findet (in Sachsen) gute Stellung. Offerten mit Lohnanspruch unter A. 1 an die Redaktion dieses Blattes.

DIE TECHNIK DER

HOLZMALEREI

12 FARBIGE TAFELN MIT 23 DARSTELLUNGEN, 17 ABBILDUNGEN U. INSTRUKTIVEN ERLÄUTERUNGEN MAPPE MIT TEXTTEIL - 15 MARK

Ansichtsexemplare liegen bei den Ortsverwaltungen aus. Bestellungen werden dort entgegengenommen oder vom Verlag: Fachblatt der Maler, Hamburg 36